

3556/J XXI.GP

Eingelangt am: 28.02.2002

ANFRAGE

der Abgeordneten Miedl
und Kollegen
an den Bundesminister für soziale Sicherheit und Generationen
betreffend die Methadonsubstitution sowie den Einsatz neuer Verfahren für den Drogenentzug

Seit dem Jahre 1987 besteht in Österreich für Drogenabhängige die Möglichkeit der Substitutionsbehandlung mit Methadon. Methadon ist ein Opiat und darf unter anderem nur bei Drogenabhängigen, bei denen schon mehrere Therapien erfolglos waren sowie bei HIV-positiven Abhängigen eingesetzt werden. Obwohl Österreich an sich alles unternimmt, um die Einnahme von Suchtmitteln zu bekämpfen, ist diese Form der Substitution in bestimmten Fällen notwendig. Ein volliger Drogenentzug ist allerdings mit Methadon allein nicht zu erreichen.

An die Einführung der Substitutionsbehandlung haben sich bekanntlich positive Erwartungen geknüpft; so erwartete man sich eine Senkung der HIV- und Hepatitis C Infektionsrate, eine Reduzierung der Beschaffungskriminalität, sowie eine Reduktion der drogenbedingten Prostitution.

In den vergangenen Jahren gab es vor allem im anglikanischen Bereich Forschungen und Entwicklungen, die dazu führen könnten, Süchtige fast vollständig zu heilen. Es wurden Medikamente erprobt, die hohe Entzugsquoten erzielen. Besonders große Erfolge soll in Großbritannien das Verfahren "Detox 5" verzeichnet haben. Dieses Verfahren erreicht bei vielen Patienten einen vollständigen Drogenentzug nach nur fünf Tagen Intensivbehandlung, an die eine mehrmonatige Psychotherapie anschließt. Bei diesem Verfahren wird nach einer umfassenden körperlichen Entgiftung "Naltrexonhydrochlorid" oder einfach "Naltrexon" eingesetzt. "Naltrexon" greift direkt in die Nervenstellen des Gehirns ein und entfernt alle Opiatmoleküle von den Rezeptoren im Gehirn. Die Verabreichung dieses Gegenmittels über ca. 1 Jahr verhindert einen Rückfall. Bis jetzt sind keine Nebenwirkungen bekannt und "Naltrexon" führt auch zu keiner Abhängigkeit. In Großbritannien wurden in den vergangenen sechs Jahren mehr als 3.100 Opiatabhängige mit diesem Verfahren behandelt.

Angesichts der Tatsache, daß die Methadonsubstitution alleine keine ausreichende Hilfe bietet und Verfahren wie "Detox 5" erfolgreich eingesetzt werden, sollte auch in Österreich diese Art des Drogenentzugs verstärkt eingesetzt werden.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für soziale Sicherheit und Generationen folgende

Anfrage:

1. Wieviele Süchtige (Heroinabhängige) werden in Österreich insgesamt geschätzt?
2. Wie hat sich die Gesamtzahl der Suchtgiftabhängigen in den letzten Jahren in Österreich entwickelt?
3. Wie hoch ist die Dosierung von Methadon, die Süchtigen durchschnittlich täglich verabreicht wird?
4. Wieviele Methadonpatienten waren seit 1991 auf Methadon eingestellt; wieviele auf Morphine?
5. Wieviele Methadonpatienten sind zusätzlich noch polytoxikoman?
6. Welche Erfolge wurden bisher mit Methadon erzielt; wieviele Drogenpatienten schafften in der Folge den kompletten Drogenausstieg?
7. Welche Erfolge wurden mit anderen Substitutionsmittel erzielt?
8. Wie hat sich die Zahl der Langzeitentzüge seit Einführung des Substitutionsprogrammes entwickelt?
9. Wie hoch sind seit 1987 die jeweiligen jährlichen Kosten der Methadonsubstitution für die Sozialversicherungsanstalten?
10. Wie hoch sind durchschnittlich die Kosten für einen Methadonpatienten pro Jahr? Bitte um Aufschlüsselung der Kosten nach den einzelnen Bundesländern.
11. Wie bewerten Sie das österreichische Substitutionsprogramm; insbesondere die Substitution mit Methadon?
12. Welche Alternativen gibt es derzeit in Österreich zu Methadon?
13. Planen Sie wie Schweiz oder Deutschland Pilotinitiativen in Richtung "kontrollierte Abgabe von Heroin für Schwerstabhängige"?
14. Wie beurteilen Sie das Verfahren "Detox 5" und das dabei eingesetzte Medikament "Naltrexon"?
15. Werden Sie sich dafür einsetzen, dieses Suchtbekämpfungsverfahren in Österreich verstärkt zur Anwendung zu bringen?
16. Wieviele Therapieplätze für Langzeitprogramme für den Drogenentzug gibt es in den einzelnen Bundesländern; wo sehen Sie einen zusätzlichen Versorgungsbedarf?